

Vorwort:
Dr. Ellis Huber

STICHWORT BAYER

Die anderen Informationen
zu einem multinationalen
Chemiekonzern



Die Krankheit, die keine sein darf

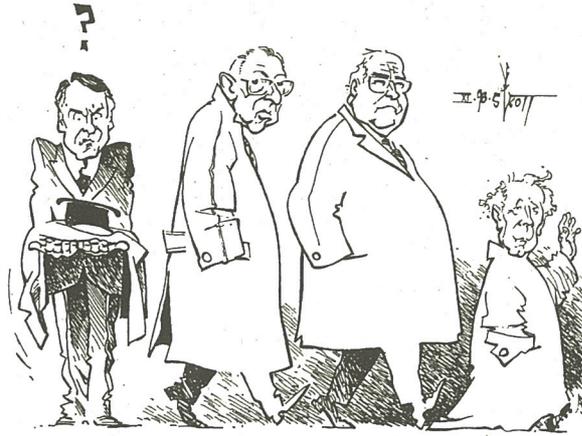
MCS: Die Zahl der Chemie-Opfer
nimmt stetig zu

WEITERE THEMEN

Der Genosse der Bosse
Bundeskanzler Gerhard Schröder

Vergangenheitsbewältigung à la BAYER
Wie der Chemiekonzern mit der
IG FARBEN-Geschichte umgeht

Das Kreuz mit der Kirche
Ev. Kirche verhindert Förderung BAYER-
kritischer Arbeit



B.A. Stott ist einer der bedeutendsten Karikaturisten von Deutschland. Er arbeitet u.a. für Focus und Die Welt

Wann geht BAYER-Chef Schneider?

Inhalt

DER GENOSSE DER BOSSE

Bundeskanzler Gerhard Schröder

Seite 4

DIE KRANKHEIT, DIE KEINE SEIN DARF

MCS: Die Zahl der Opfer nimmt zu

Seite 6

INTERVIEW MIT DR. ELLIS HUBER

Seite 9

VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG À LA BAYER

Seite 10

INITIATIVE CONTRA BAYER/USA

Seite 12

GEFAHR FÜR LEIB UND LEBEN

Unfälle bei BAYER u. Co.

Seite 14

ZWEIFELHAFTE KOOPERATION

ÖKO-Institut und HOECHST

Seite 18

FÜR EIN PAAR DAX-PUNKTE MEHR

Shareholder value bei BAYER

Seite 20

DAS KREUZ MIT DER KIRCHE

Ev. Kirche verhindert Förderung BAYER-kritischer Arbeit

Seite 23

Impressum

STICHWORT BAYER - Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern 16. Jahrgang Postvertriebsstück F 10848

Hg.: COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)

Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER - weltweit.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Je ein Exemplar von STICHWORT BAYER wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmten, in STICHWORT BAYER behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: v.i.S.d.P. Hubert Ostendorf (ho), Mitarbeit: Philipp Mimkes (pm), Axel Köhler-Schnura (aks), Uwe Friedrich (uf), Volker Rekitke (vr), Jan Pehrke (jp), Udo Hörster (uh)

e-mail: Co_gegen_Bayer@Nadeshda.gun.de

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG), Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.

Wir bitten um Zusendung von LeserInnen-, Protest- und Bestellbriefen. Geschäftsstelle: Fon (0211) 333911,

Fax: (0211) 333940

Bankverbindungen: Ökobank Frankfurt/Main, Konto-Nr. 17 96 12, BLZ 500 90 100

Eigenverlag, Vertrieb: CBG

Layout: Rike Casper

Druck: Tiamat, Düsseldorf

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.1997 (1/1 S. sw DM 1.000,-, 1/2 S. DM 600,-, 1/3 S. = 1 Spalte DM 350,- zzgl. MWST.)

STICHWORT BAYER erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils zum Ende des Quartals.

Abopreise:

- * Einzelabo (wird nur an Privatadressen geliefert, nur für Einzelpersonen möglich) DM 60,- (auf Antrag Ermäßig. auf DM 30,- mögl.)
- * Für Archive, Vereine, Firmen, Institutionen etc. DM 120,- (für Projekte ohne Geld Ermäßigung möglich)
- * Gruppenabo (5 Hefte je Ausgabe für den Vorstand/die Mitglieder) DM 140,-
- * Ausland: Preise wie Inland
- * Soli-Abo: Hier kann der Betrag über den regulären Betrag freiwillig erhöht werden. (Damit ermöglichen wir Abos für Knäste und Bedürftige.)
- * Freiverkaufsabo: Nur zusätzlich zu einem regulären Grundabo möglich, DM 3,- je Heft je Ausgabe inkl. Porto
- * Austausch-Abo mit anderen Zeitungen möglich und erwünscht
- * Für Mitglieder und Förderer der CBG ist das Abo eines Heftes im Mitgliedsbeitrag enthalten.
- * Einzelmitgliedschaft mind. 120,-/Jahr
- * Fördermitgliedschaft mind. 180,-
- * Gruppenmitgliedschaft bis 100 Mitgl. = 200,-, über 100 Mitgl. = 300,-, über 500 Mitgl. = 500,- DM
- * KEYCODE BAYER: Personen/NGO's = 24 \$/Jahr, Institutionen = 100 \$/Jahr, Soli-Abos = 150 \$/Jahr

Der Nachdruck von Artikeln aus STICHWORT BAYER ist ausdrücklich erwünscht. Diskette oder eMail bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Photographien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in STICHWORT BAYER ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.



Liebe Leserinnen und Leser !



Dr. Ellis Huber ist Präsident der Ärztekammer Berlin

Beim Arzneimittelmarkt geht es - wenn man die Fakten unvoreingenommen betrachtet - weniger um die Gesundheit der Menschen, als vielmehr darum, wie und wo das schnelle oder große Geld zu machen ist.

Nicht zufällig war Deutschland die Geburtsstätte für den Contergan-Skandal. Ebenso typisch für die in der Bundesrepublik vorherrschenden Interessen war die finanzielle Entschädigung für die AIDS-Opfer durch HIV-verseuchte Blutkonserven. Nun droht der „Solidargemeinschaft“, also letztendlich den Beitragszahlern der gesetzlichen Krankenversicherungen, ein neuer wirtschaftlicher Aderlaß durch gentechnologisch hergestellte Medikamente, Gentherapien und Life-Style-Tabletten. Schon jetzt sprengen diese Entwicklungen den Finanzrahmen der sozialen Versicherungssysteme fast aller „Nichtentwicklungsländer“.

Inkompetenz der Behörden, nachlässige Politiker und skrupellose Manager der Pharmaindustrie sind die Protagonisten einer äußerst zweifelhaften Massenversorgung mit Medikamenten und Mitteln, die den umstrittenen Anspruch erheben, alle „wirksam und nützlich“ zu sein.

Es gibt bei diesem Heilmittel-Chaos kaum einen Platz für Gesundheitsförderung, Vorsorge-Medizin, alternative Therapien und andere, preiswertere Heilmethoden. Der Staat hat sich als regulierendes Element längst verabschiedet. Und wenn er denn regulierend eingreift,

geschieht dies nicht zuletzt im Interesse des Pharmakartells. Bestes Beispiel: Die Versicherten werden durch ein Zuzahlungssystem zu Lasten der Profitwirtschaft mit der Krankheit. Die Versicherten bezahlen unter der Parole der „Eigenverantwortlichkeit“ die Zeche für die Unfähigkeit der Politik, eine gerechte Umverteilung sozialer Lasten herbeizuführen.

Was können Ärzte angesichts eines unüberschaubaren Angebotes von Mitteln und Medikamenten, Leistungen und Therapien ändern? Viel, denn sie sind der primäre Anwender von Medikamenten und halten insofern einen Schlüssel für den Einstieg in eine sozial vernünftige und auch wirtschaftlich verantwortliche Arzneimitteltherapie in der Hand. Die Ärztekammern und Kassenärztlichen Vereinigungen können mit ihrer eigenen Informationspolitik die Pharmainteressen zügeln. Dazu müssen sie zu gemeinsamem Handeln finden und sich vor allem ihrer sozialen Verantwortung stellen. Zur Versorgung von Kranken, zur Linderung von gesundheitlichen Schäden gehört auch die Prävention. Und wer konsequent Vorsorge betreiben will, muß sich als Mediziner auch um die sozialen Ursachen von Gesundheitsstörungen, z.B. Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und zunehmende Armut, kümmern.

Wir stehen an einem Wendepunkt der Gesundheitssysteme unserer Informationsgesellschaften. Wollen wir ein soziales

Immunsystem zur Abwehr von Krankheitsgefahren gestalten, das möglichst viel sozialen Nutzen stiftet, also Gesundheit für alle erschwinglich macht, oder wollen wir ein unsoziales Schmarotzergeflecht fördern, das die optimierte Gewinnabschöpfung bei den Kranken durch private Begehrlichkeiten oder eine „Shareholder-Value“-Medizin sichert?

Moral oder Profit heißt also der epochale Gegensatz in den Gesundheitssystemen moderner Gesellschaften. Ärztinnen oder Ärzte müssen entscheiden, ob sie mehr den Kapitalverwertungsinteressen des medizinisch-industriellen Komplexes oder den Gesundheitsinteressen der Bevölkerung dienen wollen. Ich plädiere dafür, daß die Ärzteschaft selbstbewußt zu ihrer ökonomischen Rolle im Gesundheitssystem steht und die nötige Korrektur der Finanzstrukturen aktiv betreibt. Auf Dauer läßt sich Gesundheit für den Einzelnen und für die sozialen Gemeinschaften nur produzieren, wenn die Steuerung des Systems den humanen Werten und nicht dem Gelde folgt. Wir müssen in sozialer Verantwortung ein „Non-Profit“-gesteuertes Gesundheitssystem errichten.

Ellis Huber

Bundeskanzler Schröder und BAYER-Chef Schneider. Montage: Rike Casper



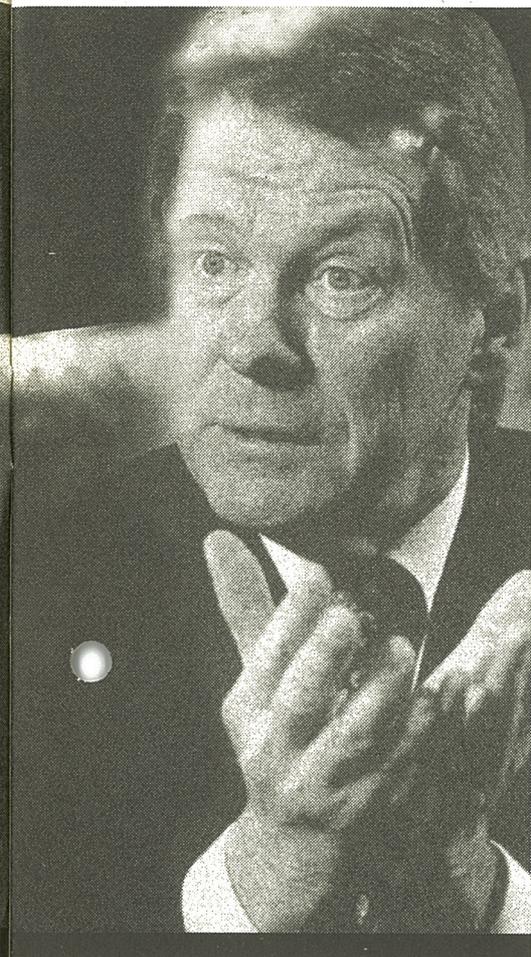
Bundeskanzler Gerhard Schröder:

Der Genosse der Bosse

BAYER und die gesamte deutsche Industrie haben allen Grund, mit der neuen Bundesregierung zufrieden zu sein. Zwar mögen einige, in „grünen“ Ohren nett klingende Formulierungen wie „Ökologie“, „umweltgerecht“ oder „nachhaltig“ für Konzernherren noch gewöhnungsbedürftig sein. Doch bei genauerer Betrachtung des Koalitionsvertrages wird offenbar, daß Schröder, Fischer und Co sich mit dem Kapital in diesem Lande gut stellen wollen. Der Bundeskanzler hat in einem Fernsehinterview offen zugegeben, daß er „natürlich keine Reformen gegen die Wirtschaft“ vornehmen werde. So ist denn auch die Kritik von BAYER-Chef Schneider und anderen Vorstandsvorsitzenden eher verhalten. Denn im Grunde ist Auto-Mann Schröder der rechte (!) Mann zur rechten Zeit. Die Kohl'sche Aussitz-Taktik hat dem Standort Deutschland zum Schluß eher geschadet als genützt. Und die von der neuen Regierung unter dem Stichwort „Bündnis für Arbeit“ angestrebte weitere Flexibi-

lisierung der Arbeit mit Zustimmung der Gewerkschaften dürfte genau nach dem Geschmack der großen Konzernlenker sein. Ebenso wie die in der Koalitionsvereinbarung zum Thema „ökologische Steuerreform“ beschlossene Entlastung der Industrie. Die beabsichtigte Senkung der Lohnnebenkosten - sowie die Senkung von Spitzensteuersatz und Körperschaftssteuer - kommen nämlich ausschließlich den Arbeitgebern zugute, weil die Verteuerung der Energie für Großunternehmen bis auf weiteres verschoben wird. Wörtlich heißt es: „Wegen der noch ausstehenden europäischen Harmonisierung der Energiebesteuerung wird ... die energieintensive Wirtschaft bei Heizöl, Gas und Strom nicht belastet.“

Auch der Ausstieg aus der Atomindustrie wurde bis auf weiteres verschoben. „Gemeinsam mit der Energiewirtschaft sollen die Weichen gestellt werden für den Weg zu einem neuen, zukunftsfähigen Energiemix ohne Atomkraft“,



heißt es im Koalitionsvertrag zwischen SPD und Grünen. Und was, wenn sich RWE und SIEMENS querstellen? Der nächste Castor-Transport wird aller Wahrscheinlichkeit nach vom grünen „Umwelt“-Minister Trittin angeordnet werden.

Der ehemalige Fundi konnte auch den Vormarsch der Gentechnik nicht verhindern. „Die modernen Methoden der Bio- und Gentechnologie sind in der Grundlagenforschung und angewandten Forschung weltweit etabliert, ihr Einsatz in der Medizin, wo sie die Entwicklung und Produktion neuer Impfstoffe und Medikamente ermöglichen, findet wachsende Akzeptanz“, meinen die Regierungspartner. Schließlich: „Biotechnologische Verfahren eröffnen auch neue Möglichkeiten und Chancen.“ Deshalb werde die neue Bundesregierung die „verantwortbaren Innovationspotentiale der Bio- und Gentechnologie systematisch weiterentwickeln“. Selbst „Freilandversuche“ sind kein Tabu mehr. Sie sollen lediglich „in einem Langzeit-Monitoring wissenschaftlich begleitet werden“, eine Forderung, die jedes in diesem Bereich tätige Unternehmen unschwer erfüllen kann. BAYER,

weltweit eine der führenden Genschmieden, will nach jahrelanger Abwanderung ins Ausland nun auch in Deutschland mit der hoch riskanten neuen Technologie produzieren.

Nicht einmal in der Verkehrspolitik - Herzstück grüner Parteiprogramme - werden bahnbrechende Umwälzungen stattfinden. Denn „eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands von zentraler Bedeutung“, formulieren die neuen Regierungspartner ohne Umschweife. Tempolimit? Fehlanzeige! VW-Aufsichtsrat Schröder hat sogar den freien Flug für den freien Bürger durchgesetzt: „Der Luftverkehr ist zur Sicherung der Mobilität notwendig. Deutschland wird an der Entwicklung des Weltluftverkehrs weiterhin beteiligt bleiben.“

Lediglich die neue Gesundheitspolitik dürfte BAYER-Chef Schneider ein wenig Kopfzerbrechen bereiten. Denn Rot-Grün will noch einmal probieren, was BAYER & Co im Kampf gegen Ex-Minister Seehofer (CSU) bereits verhindert hatte: eine „Neuordnung des Arzneimittelmarktes“ mit Hilfe der „Positivliste“ und Re-Importen. Doch ob eine grüne Gesundheitsministerin sich gegen die Allmacht der Pharmedien durchsetzen will und kann, bleibt mehr als zweifelhaft.

Die alten Forderungen der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN jetzt auch an die neue Bundesregierung:

- Ausstieg aus der Chlorchemie.
- Ausstieg aus der Atomenergie
- Verbot der Gentechnik
- Verbot von Tierversuchen
- Sichere Arbeitsplätze, sichere Produktion, sichere Produkte
- Gesetz zur gerechten Bezahlung von Arbeit - weltweit
- Gesetz zur Einrichtung von Entschädigungsfonds durch die Industrie für Industrieopfer
- Gesetz zur Entschädigung von NS-ZwangsarbeiterInnen durch die Industrie

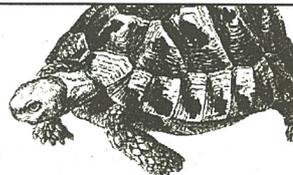
Was also ist zu halten, vom verhaltenen Gejammer der Industrie über die neue Bundesregierung? Nichts, rein gar nichts. Schröder ist der Genosse der Bosse, sonst wäre er nicht Kanzler geworden, in diesem, unserem Lande.

Hubert Ostendorf

express

ZEITUNG

DER UNDOGMATISCHEN GEWERKSCHAFTSLINKEN



- ★ NACHRICHTEN VOM 'WAREN-LEBEN IM VALSCHEN' IM BETRIEBSSPIEGEL
- ★ INDUSTRIAL RELATIONS IN THEORIE UND PRAXIS
- ★ DEBATTEN ZUR POLITIK DER ÖKONOMIE UND DAS 10 MAL IM JAHR

- Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar
- Ich möchte die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 20 DM (nur gg. Vorkasse, bar oder Briefmarken)
- Ich möchte den *express* abonnieren und bitte um weitere Informationen.

Name _____

Straße _____

Ort _____

AFP

PF 10 20 62, 63020 Offenbach

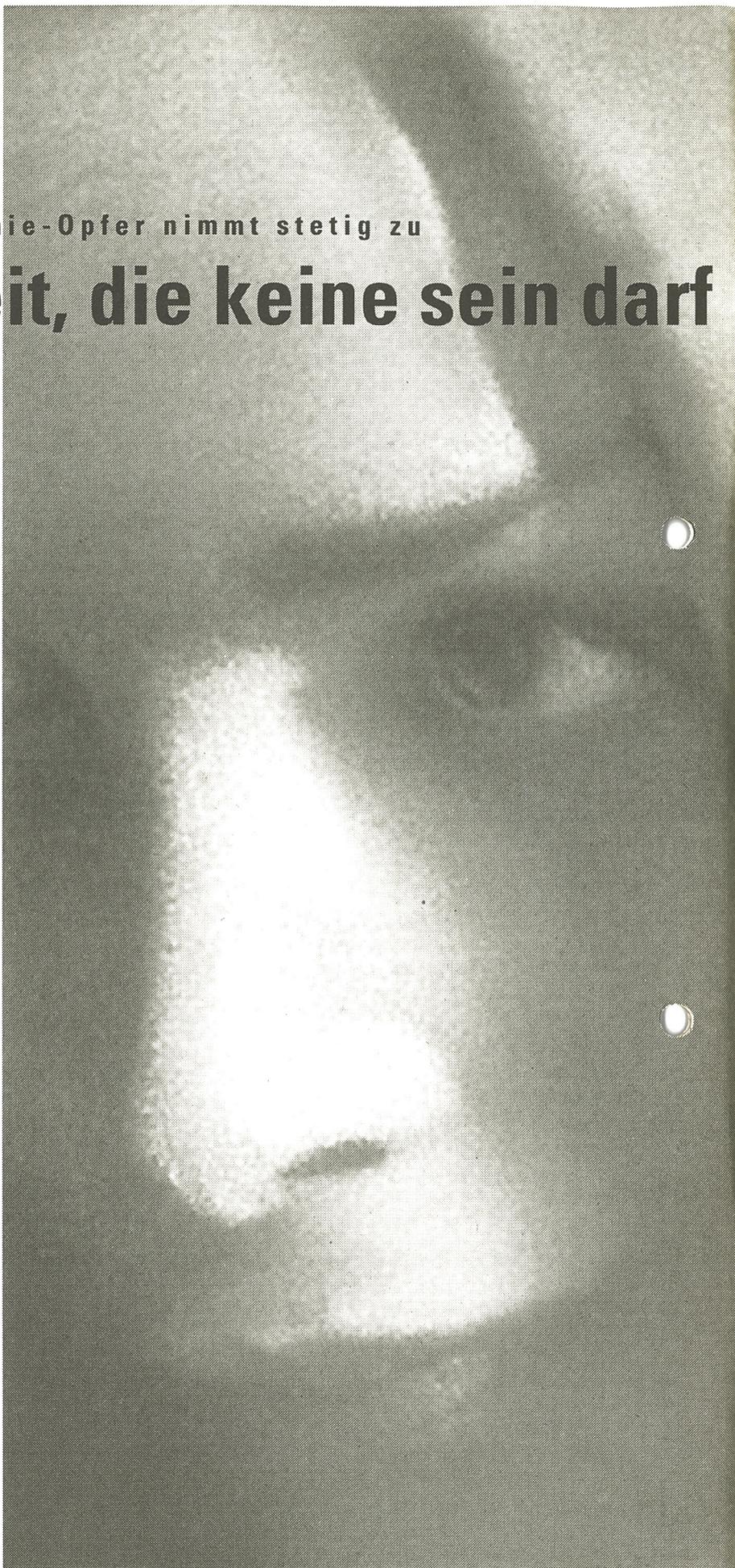
Tel. (069) 88 50 06, Fax (069) 82 11 16

MCS: Die Zahl der Chemie-Opfer nimmt stetig zu

Die Krankheit, die keine sein darf

Parfümierte Waschmittel, Kunststoff-Verpackungen, Ackergifte, mit Insektiziden imprägnierte Teppichböden, in der Erde schlummernde Kampfstoff-Depots aus dem Zweiten Weltkrieg - Chemie ist überall. Ca. 65.000 Chemikalien umgeben uns im Alltag, und nur ein Bruchteil von ihnen - 1.300 - ist auf eine mögliche gesundheitsschädliche Wirkung hin untersucht. Die Folge: Immer mehr Menschen leiden an MCS, der Multiplen Chemikalien-Unverträglichkeit.

Von Jan Pehrke



Das Hearing, das die SPD-Bundestagsfraktion im August in Bonn zum Thema MCS veranstaltete, bot dem arglosen Besucher ein beängstigendes Bild. Vielen der anwesenden MCS-PatientInnen stand die zermürbende Krankheit förmlich ins Gesicht geschrieben. Einige trugen einen Mundschutz; andere wiederum konnten sich gar nicht im großen Saal aufhalten, da ihrem Immunsystem schon die geringste Dosis Chemie, z.B. in Deodorants, zuviel gegeben hätte. Ihre Wortbeiträge zur Diskussion mußten von einem separaten, völlig cleanen Raum aus zugeschaltet werden. Sie alle waren einmal in ihrem Leben einer Überdosis Chemie ausgesetzt, Holzschutzmitteln, Pestiziden, synthetischen Düften oder Flohbekämpfungsmitteln. Ihre Körper reagierten darauf mit Kopfschmerz, Müdigkeit, Gedächtnisstörungen, Durchfall bis hin zu schweren Vergiftungssymptomen. Cindy Duehring, 1997 für ihren Kampf gegen die chemischen Keulen in der Umwelt mit dem Alternativen Nobelpreis geehrt, hat ihre aufwendig zu einer chemielosen Oase umgebaute Wohnung seit Jahren nicht mehr verlassen können.



Krankmachende Chemie von BAYER: MCS von A-Z

- Pestizide
- Biozide (besonders die pyrethroid-haltigen)
- Pentachlorphenol (PCP), polychlorierte Biphenyle (PCB), seit 1989 verboten, aber in der Umwelt weiter wirksam
- Holz„schutz“mittel (bis zum Verkauf der DESOWAG-Anteile 1986)
- Medikamente
-  Stoffe für Kosmetika, Reinigungs- und Waschmittel
- chemische Kampfstoffe (allein in Bayern noch 350 Depots)
- Kunststoffe wie Polycarbonate, Polyurethane und ABS (Acrylnitril-Butadien-Styrol)
- Kunststoff-Weichmacher
- Lösemittel für Farben...



BAYER-Abbildung als Polyurethan-Werbung

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert:

kurzfristig

- eine zügige Umsetzung der Technischen Anleitung Innenraum zum besseren Schutz vor Haushaltsgiften
- eine Verabschiedung des Verordnungsentwurfs zu Haushaltsgiften
- eine Zulassungsprüfung sowie marktbegleitende Kontrollen für Haushaltsgifte
- ein Verbot pyrethroid-haltiger und anderer Insektizide

mittelfristig

- ein Verbot aller MCS-auslösenden Substanzen und Produkte
- Entschädigung aller Opfer durch BAYER und andere Konzerne

Alles psychisch?

Aber fast mehr noch als unter der Chemikalien-Unverträglichkeit leiden die PatientInnen daran, daß diese offiziell nicht als Krankheit anerkannt ist. Ein Großteil von ihnen hat eine schier endlose Odyssee durch verschiedenste Arztpraxen hinter sich, an deren Ende oft die Verlegenheitsdiagnose „psychisch krank“ stand. Eine Reaktion der Schulmedizin darauf, daß die Multiple Chemikalien-Unverträglichkeit nicht in ihr Schema von Krankheit paßt. Sie ist von der Symptom-Vielfalt und der Unmenge der in Frage kommenden Auslöser schlichtweg überfordert. Umso mehr, als viele dieser Stoffe bisher als ungefährlich oder nur bei Überschreitung eines bestimmten Grenzwertes als potentiell gesundheitsschädlich galten. Und weil nicht sein kann, was nicht sein darf, attestieren die ÄrztInnen statt dessen dann „Wechseljahre“, „Midlife-Crisis“, „Renten-Neurose“ oder stempeln die MCS-PatientInnen mittels „Ökochondrie“ zu eingebildeten Kranken. Ein Mitglied einer Selbsthilfegruppe berichtete in Bonn sogar von dem Fall einer Frau, der wegen angeblicher Schizophrenie das Sorgerecht für ihre beiden Kinder aberkannt worden ist.

In der Tat sind bei einigen MCS-PatientInnen Wesensveränderungen zu beobachten. Diese lassen aber nicht unbedingt

Rückschlüsse auf die Entstehung der Krankheit zu. Ein Schlüssel für die Überlagerung von seelischen und körperlichen Symptomen könnte nach neuesten Erkenntnissen vielmehr im limbischen System zu suchen sein, denn dieser Teil des Gehirns koordiniert über Thalamus und Hypothalamus das Nerven-, Immun- und Hormonsystem des Körpers und reagiert auf Umweltgifte äußerst sensibel.

Kehrtwende in den USA

MCS gibt nach wie vor einige Rätsel auf. Das liegt aber auch daran, daß die Umweltmedizin im Gesundheitssystem ein Schattendasein führt. Bislang existiert keine Datensammlung über Art, Verlauf, Schweregrad und Häufigkeit der Umweltkrankheit und damit kein gesichertes epidemiologisches Wissen. In den Vereinig-

Auf einer Tagung der WHO gaben sich BAYER-Angestellte als Mitglieder von unabhängigen Nichtregierungsorganisationen aus und versuchten das imageschädigende Wörtchen „Chemie“ aus der Krankheitsdefinition MCS zu tilgen.

ten Staaten sorgten zwei Ereignisse „in sensiblen Bereichen“ für einen Umschwung innerhalb der Schulmedizin: das Auftreten von Vergiftungserscheinungen bei 30.000 ehemaligen Golfkriegssoldaten und - ausgerechnet! - bei Angestellten der staatlichen Umweltbehörde EPA, nachdem ein neues Gebäude bezogen worden war. Die Masse von Erkrankten und die Tatsache, daß die Opfer jeweils gleichen äußeren Bedingungen ausgesetzt waren, ließen nur Insektizide (u.a. den Wirkstoff Diethyltoluamid, enthalten in BAYERS AUTAN) bzw. Raumgifte als Auslöser der Symptome in Betracht kommen. Von Einzelfällen oder psychischen Ursachen konnte nicht länger die Rede sein. Die amerikanische Gesundheitspolitik reagierte rasch und legte Forschungsprogramme auf, verschärfte Umweltauflagen und sprach MCS-PatientInnen den Schwerbehinderten-Status zu, was deren rechtliche Lage entscheidend verbesserte. In der Bundesrepublik tut sich hingegen wenig. Kranke werden weiterhin routinemäßig in psychiatrische Kurkliniken eingewiesen, die Krankenkassen übernehmen keine Kosten für Schadstoff-Analysen am Arbeitsplatz oder in der Wohnung und Mediziner wie Herbert Renner

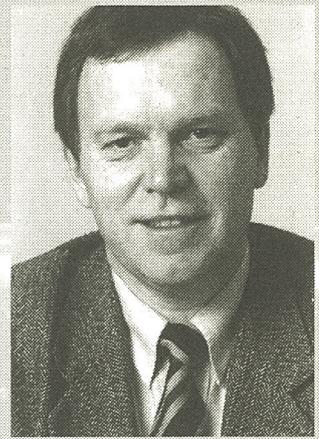
bezeichnen MCS im Deutschen Ärzteblatt weiterhin als eine Art von Öko-Hysterie.

BAYERS Rolle

BAYER ist einer der größten Chemiekonzerne der Welt. Als Hersteller von Pestiziden, Haushaltsgiften, Kunst- und Duftstoffen hat das Unternehmen einen maßgeblichen Anteil am Anstieg der Umweltkrankheiten. Und es tut alles, um sich aus der Verantwortung zu stehlen. Auf einer Tagung des von der Weltgesundheitsorganisation WHO unterstützten „Internationalen Programms zur chemischen Sicherheit“ gaben sich BAYER-Angestellte als Mitglieder von unabhängigen Nichtregierungsorganisationen aus und versuchten im Verband mit anderen Industrie-Lobbyisten, das imageschädigende Wörtchen „Chemie“ aus der Krankheitsdefinition zu tilgen. Unter Erschleichung des amtlichen WHO-Siegels sollte MCS fortan ICI heißen, was soviel - oder sowenig - wie „Umwelt-Intoleranz ungeklärter Ursache“ bedeutet. Die WHO protestierte anschließend massiv gegen diesen dreifachen Etikettenschwindel. Auf Bundesebene übt die Interessenvertretung von BAYER & Co., der „Verband der Chemischen Industrie“ (VCI), erfolgreich Druck auf die Politik aus, so daß ein seit Jahren vorliegender Verordnungsentwurf zu pyrethroid-haltigen Haushaltsgiften bislang nicht umgesetzt wurde. Dem TV-Magazin *Panorama*, das im Januar 1998 über die gesundheitsschädigende Wirkungen von Insektiziden berichtete, verweigerten sowohl das Wirtschaftsministerium als auch der VCI eine öffentliche Stellungnahme. Schlichter Fax-Kommentar des VCI: „Pyrethroide sind für Menschen völlig ungefährlich.“

Gesundheitspolitik nach dem Machtwechsel:

„Deutlich wird, daß die Pharma-Industrie nicht der Gesundheit dient“



Dr. Ellis Huber

Wird sich mit dem Regierungswechsel die pharma-hörige Gesundheitspolitik ändern? STICHWORT BAYER-Redakteur Jan Pehrke sprach mit Dr. Ellis Huber, dem Präsidenten der Berliner Ärztekammer.

SWB: Dr. Huber, stehen die Koalitionsvereinbarungen von Rot-Grün zum Thema „Gesundheit“ für einen Richtungswechsel?

Ellis Huber: Die Koalitionsvereinbarung legt nicht sehr viel fest, und das ist vernünftig, weil sie von unten her Veränderungsfreiheiten zuläßt. Die Vorgaben „Erneuerung“, „Modernisierung“ und „Beibehaltung von sozialer Gerechtigkeit“ sind drin, und damit können wir gut leben. Ich bin glücklich, daß die Sklerose der bisherigen Gesundheitspolitik, die Lähmung zwischen den egoistischen Interessen der Partei der Besserverdienenden und den Anhängern der katholischen Soziallehre, vorbei ist, und wir jetzt handfest daran gehen können, das Gesundheitssystem zu entwickeln. Das ist eine Aufgabe, die ein Bündnis für Gesundheit erfordert, unter Beteiligung von Ärzten, Krankenkassen und Politik. Als Grundentscheidung steht an, ob die Interessen des Kapitals, auch das Gesundheitssystem als Kolonialisierungsobjekt zu mißbrauchen, zugunsten einer preiswerten und gerechten Gesundheitsversorgung für jeden Bürger und jede Bürgerin eingedämmt werden können. Die Koalitionsvereinbarung hat diese Entscheidung jetzt endlich getroffen. Wir müssen das Gesundheitswesen als Non-Profit-gesteuertes Dienstleistungssystem ausbauen und dafür sorgen, daß wir in der Lage sind, die Wunden zu heilen, die der Kapitalismus tagtäglich schlägt.

SWB: Meinen Sie, daß man die Pharma-Industrie in dieses „Bündnis für Gesundheit“ einbinden kann?

Ellis Huber: Die Pharma-Industrie ist in

fast drei Lager gespalten. Die Interessen der Shareholder-value-gesteuerten Großkonzerne sind andere als die der mittelständischen Unternehmen hier in Deutschland. Ich betrachte die mittelständischen Pharma-Firmen als Bündnispartner. Sie können mit uns die Entwicklung des Gesundheitssystems angehen. Im Gegenzug müssen sie bereit sein, diese mythische Überhöhung von Medikamenten als Heilmittel aufzugeben. Der chemische Stoff ist nicht das, was heilt. Pharmazeutika sind immer nur Mittel zum Zweck im Wertschöpfungsprozeß Gesundheitsversorgung. Heilkunst heißt, Veränderungsprozesse in Gang zu setzen, Arzneimittel sind ein kleiner Teil davon. Die Pharma-Industrie könnte z.B. auch Problembewältigungsstrategien als Produkte anbieten und so Einkünfte erzielen.

SWB: Aber in der Ablehnung einer Positivliste, die die wirklich wirksamen und empfehlenswerten Medikamente zusammenstellt und so die Pillenflut eindämmt, werden sich wahrscheinlich große und kleine Firmen einig sein.

Ellis Huber: Die Positivliste ist keine größere Gefahr. Es ist nur eine Gefahr für diejenigen, die nur ihren egoistischen Interessen nachgehen wollen. Für die ist es eine Gefahr, aber das muß politisch in Kauf genommen werden.

SWB: Wird es eine Positivliste geben?

Ellis Huber: Die Positivliste wird kommen. Ich selber empfehle ja eine freiwillige Positivliste, eine Art Landkarte durch den Pharma-Dschungel. Und Landkarten eröffnen Freiräume, weil man Gefahren besser einschätzen kann, während das Fahren ohne Landkarte in freiem Gelände ein Risiko darstellt. Niemand würde auf die Idee kommen, Landkarten als Einschränkung der Freiheit des Autofahrers zu bezeichnen - aber genau das tut die Pharma-Industrie. Also wirkliche Therapie-Freiheit ist erst möglich mit einer freiwilli-

gen Positivliste, da sie den Erfahrungsschatz der gesamten Ärzteschaft repräsentiert. Wogegen die Pharma-Industrie eine Ideologie von Therapie-Freiheit hochhält, die nur dazu dient, weiterhin schamlose Schmarotzerei betreiben zu können.

SWB: Die Pharma-Forschung liegt fast komplett in den Händen der Industrie. Sie vernachlässigt die Suche nach Heilmitteln für schwere Krankheiten zunehmend zugunsten der Entwicklung von „Wellness“-Produkten wie VIAGRA oder der Anti-Fettpille. Muß Politik da nicht gegensteuern?

Ellis Huber: Deutlich wird, daß die Pharma-Industrie nicht der Gesundheit dient, sondern Kapitalverwertungsinteressen. Ihre Forschungsinteressen haben nicht die Förderung individueller und sozialer Gesundheit im Sinn, sondern folgen den Gesetzen des Marktes. Vor diesem Hintergrund muß die Politik sich entscheiden, wie sie künftig mit der Pharma-Industrie umgeht. Ich würde sie als Zuliefer-Betrieb außen vor halten und so behandeln, wie die VOLKSWAGEN AG die Bremsbelag-Hersteller behandelt, also knallharte Einkaufspolitik betreiben. Gesundheitsversorgung ist ein vernetztes Gesamtunternehmen mit 270 Milliarden Jahresumsatz. Vor diesem Hintergrund ist auch klar, daß die gesetzlichen Krankenversicherungen selber Versorgungs- und Entwicklungsforschung machen müssen. Es ist unvernünftig für ein Unternehmen „Gesundheitsversorgung in Deutschland“, die Entscheidungsgewalt über Forschungswege einem Subunternehmen und Zulieferer zu übertragen, anstatt selber das zu machen, was gemacht werden muß.

SWB: Danke für das Gespräch!

Wie ein Chemie-Konzern mit der IG FARBEN-Geschichte umgeht

Vergangenheitsbewältigung à la BAYER



Ölbild im BAYER-Casino: die IG-Väter Carl Duisberg und Carl Bosch nach der Gründungssitzung

Im BAYER-Casino hängt der monumentale Ölschinken „Der Rat der Götter“, auf dem der damalige BAYER-Chef Carl Duisberg zusammen mit Carl Bosch und anderen Industriebossen kurz nach der Gründungssitzung der IG FARBEN verewigt ist. In Firmen-Publikationen hat BAYER kein Problem damit, sich mit Entdeckungen aus der IG-Zeit zu schmücken. Aber wenn ehemalige ZwangsarbeiterInnen vom Chemie-Multi Entschädigungen fordern, heißt es aus der Konzernzentrale lapidar: „Wir sind nicht der Rechtsnachfolger der IG FARBEN.“

Von Udo Hörster

„Die Formel des Erfolgs ... Sechs Jahrzehnte Polyurethan-Chemie“, mit diesen Worten feiert der *BAYERreport* eine Entdeckung aus den IG FARBEN-Labors, die „die Welt verändern sollte“. Ähnlich unbefangen begeht man in Leverkusen den Geburtstag von „60 Jahre Perlon“, 1938 vom IG-Forscher Paul Schlack entwickelt. Diese Mischung aus Ignoranz und unverfrorener Traditionspflege, ergänzt noch durch Verharmlosungen und Schuldabwälzungen, prägt auch „Meilensteine“, den 1988 erschienenen Rückblick auf 125 Jahre BAYER. Von 1863 bis 1988 widmet sich jeweils ein längerer Beitrag dem herausragenden Ereignis eines Jahres: „1898 - Mehr Werksärzte, als das Gesetz verlangt“; „1906 - Der dornenvolle Weg vom Indigo zum Indanthren“; „1910 - Synthetischer Kautschuk: Der Kaiser ist zufrieden“. 1924 ist dann die Entstehung der IG FARBEN Thema. Aber die Gründung des Großkonzerns erscheint im Lichte der verhängnisvollen Rolle, die

die IG im „Dritten Reich“ spielte, keinesfalls als eines der dunkelsten Kapitel der deutschen Industriegeschichte. Die Fusion von BAYER, BASF et al. wird einfach als eine naheliegende Reaktion auf Niedrigpreise, hohe Löhne, explodierende Verwaltungskosten und die allgemeine Weltwirtschaftslage dargestellt. „Schließlich rauft man sich doch zusammen“, lautet die Überschrift des entsprechenden Artikels, um - wie es später heißt - „die große gemeinsame Aufgabe anzupacken“.

Eine Zäsur markiert dieses Ereignis für die Firmen-Historiker nicht. Mit „1926 - Kupferseide aus Dormagen“ geht man schnell wieder zur Tagesordnung über. 1927 wird „ein neues Kapitel im Buch der Lackrohstoffe aufgeschlagen“, und 1933 halten sie geschmackloserweise als das Jahr, in dem das BAYER-Kreuz mit den soundsoviel Glühbirnen erstmals erstrahlt, in Erinnerung. So geht es immer weiter, bis es so beim besten Willen nicht mehr weiter-

geht. 1939 hält man inne und unterbricht die Chronologie mit Abhandlungen über „Die I.G. im Dritten Reich“ und „Die I.G. im Zweiten Weltkrieg“. Wer hier eine schonungslose Aufarbeitung der BAYER-Vergangenheit erwartet, wird herb enttäuscht. Statt dessen betreiben die „Meilensteine“ Geschichtsklitterung. Sie beschreiben die IG-Manager als „nicht sonderlich politisch engagiert“ und - alles nur durch die Brille von Technik und Wirtschaft betrachtend - einzig um ein gutes Verhältnis zu den lokalen Partei-Organisationen bemüht. Irgendein Verhältnis scheint aber auch zu den nationalen Parteigrößen bestanden zu haben, sonst hätte Hitler zum Tode Carl Duisbergs bestimmt nicht so kondoliert: „Die deutsche Chemie verliert in ihm einen ihrer ersten Pioniere und einen erfolgreichen Führer, die deutsche Wirtschaft einen ihrer großen Organisatoren. Sein Name wird in Deutschland in Ehren weiterleben.“ Einige Jahre vorher hatte Carl Duisberg bei einer Feier anlässlich seiner Pensionierung frohlockt: „Ich freue mich auf einen Lebensabend unter unserem Führer Adolf Hitler.“ Die „Meilensteine“ dagegen kennzeichnen den faschistischen Terror verharmlosend als die „zwei Gesichter der ‚deutschen Revolution‘“: gemeint sind einerseits Autobahnen und Arbeitsplätze, andererseits Terror und Verfolgung. Daß Beschäftigung und Repression zwei Seiten der gleichen Medaille sind, kommt der BAYER-Historie dabei nicht in den Sinn. Die IG-Obersten hatten selbstredend nur mit dem angeblich freundlicheren Gesicht zu tun. Denn rein zufällig entsprachen ihre während der Wirtschaftskrise erhobenen Forderungen nach Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und einer aktiven Konjunkturpolitik genau den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Nazis. Darum haben die Firmen-Geschichtler auch keinerlei Scheu, die belebende Wirkung des Machtwechsels auf die IG-Geschäfte herauszustreichen. Im nüchtern-sachlichen Stil von Aktionärsbriefen berichten sie von generösen Darlehen sowie Garantieverträgen zur Abnahme bestimmter Kontingente und stellen die positiven Effekte der faschistischen Autarkie-Politik heraus. Sie führte nämlich Produktionszweige, die wegen zu hoher Endpreise auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig waren, wieder aus der Talsohle. Der Tonfall ändert sich nicht einmal, als die Willfähigkeit des Konzerns gegenüber den Wünschen der Nazis beschrieben wird, die sich „im zwischen

ausgebrochenen Zweiten Weltkrieg“ nicht mehr für Borsten aus Polyurethan interessierten: „Sie wollten besseren Kautschuk haben, und deshalb erforschte ein weiteres Team die Möglichkeit elastischer Polyurethan-Gießmassen.“

Wenn es dann lakonisch heißt „Zu einem besonderen Problem im Verlauf des Krieges wurde die Arbeitskräfteversorgung“, ahnt der leidgeprüfte Leser schon, daß man diese Sentenz allen Ernstes für angemessen hält, den Komplex „ZwangsarbeiterInnen“ einzuleiten. Natürlich befolgte die IG FARBEN dabei nur die Rechtsvorschriften staatlicher Behörden, die bis ins kleinste Detail alles festlegten. Das hauseigene Regime, wie

Als die Alliierten den Konzern nach dem Krieg schließlich entflehten, war BAYER Hauptprofiteur, denn dem Chemie-Unternehmen wurde mit AGFA und WEILER-TER MEER die gesamte ehemalige Niederrheingruppe der IG FARBEN zugeschlagen.

es der IG-Vorstandsvorsitzende Christian Schneider festlegte, kommt daher nicht zur Sprache: „Oberster Grundsatz bleibt es, aus den Kriegsgefangenen so viel Arbeitsleistung herauszuholen, als nur irgend möglich. Alle diese Menschen müssen so ernährt, untergebracht und behandelt werden, daß sie bei denkbar sparsamsten Aufwand die größtmögliche Leistung vollbringen.“ Die Wahl des Standortes Auschwitz für ein neues IG-Werk hatte laut „Meilensteine“ selbstredend auch nichts mit dem „Arbeitskräfte-Reservoir“ des dortigen KZs zu tun. Nein, die gute Lage, die Infrastruktur und die Bodenschatz-Vorkommen gaben angeblich den Ausschlag. Nicht genug dieser Geschmacklosigkeiten, rühmt man sich allen Ernstes noch damit, die SklavenarbeiterInnen zusätzlich mit einer heißen Mittagssuppe verköstigt zu haben, um sie schließlich mit dem IG FARBEN-Gift ZYKLON B umbringen zu lassen.

Wo jede Einsicht in Schuld fehlt, muß auch Strafe als ungerecht empfunden werden. Selbst die sehr milden Urteile im Nürnberger IG FARBEN-Prozeß sieht die BAYER-Firmengeschichte als zu hoch an. Sich schnell noch des Beistandes der gesamten Innung versichernd, kommentiert sie die siebenjährige Haftstrafe für Fritz ter Meer so: „In der Industrie war man bestürzt über dieses Urteil. Man

wußte, daß ter Meer kein Nazi gewesen war.“ Der ehemalige BAYER-Chef hatte bei den Nürnberger Prozessen ausgesagt, den ZwangsarbeiterInnen sei kein besonderes Leid zugefügt worden, „da man sie ohnedies getötet hätte.“

Aber die „Meilensteine“ üben nicht nur Kritik am Urteil des amerikanischen Militärgerichts. Mit mehr als nur klammheimlicher Freude berichten sie, wie Werksangehörige sich geradezu einen Spaß daraus machten, der Besatzungsmacht gegenüber „passiven Widerstand“ zu leisten und wie die IG-Forscher zumeist „ein erstaunlich schlechtes Gedächtnis“ zeigten, wenn es darum ging, den „Interrogation teams“ der Briten Rede und Antwort zu stehen.

In der Zeit von 1933-1945 konnte die IG-FARBEN ihr Firmenvermögen beträchtlich vermehren, nicht zuletzt aufgrund der Ausbeutung von ZwangsarbeiterInnen. Als die Alliierten den Konzern nach dem Krieg schließlich entflehten, war BAYER Hauptprofiteur, denn dem Chemie-Unternehmen wurde mit AGFA und WEILER-TER MEER die gesamte ehemalige Niederrheingruppe der IG FARBEN zugeschlagen. Die von der IG in der Region gebildeten Schwerpunkt-Produktionen „Pharma“ und „Agrochemikalien“ boten der neugegründeten FARBENFABRIK BAYER „gute Startbedingungen“, wie die „Meilensteine“ unumwunden zugeben. Aus den Erfindungen, Entdeckungen und neu entwickelten Verfahren der IG-Ära wie Perlon, Synthese-Kautschuk, Lackrohstoffen, Sulfonamiden, synthetischen Gerbstoffen und der Silbersalzdifusion schlägt BAYER bis heute Profit. So war das dunkle Kapitel für die Menschheit ein lukratives für BAYER.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert den Konzern auf, sich seiner historischen Verantwortung zu stellen und die ehemaligen ZwangsarbeiterInnen der IG FARBEN zu entschädigen. Die Existenz der IG FARBEN IN LIQUIDATION entbindet BAYER in keinsten Weise von dieser moralischen Pflicht.



**Demonstration gegen die Hauptversammlung der IG FARBEN i.L. :
Infos unter 0211/33 39 11.**

Initiative bringt BAYER/USA in Bedrängnis

Die Schatten der Vergangenheit

Die USA sind für BAYER weltweit der wichtigste Absatzmarkt, mehr als 10 Milliarden US\$ werden dort jährlich umgesetzt. Doch auch in Amerika ist man sich der unheilvollen Rolle bewußt, die die deutsche Chemische Industrie im Dritten Reich gespielt hat - umso größere Anstrengungen unternimmt der Konzern, seine Historie vergessen zu machen. In Pittsburgh, dem Stammsitz der amerikanischen BAYER-Tochter, will eine Bürgerinitiative die Weißwaschung der braunen Vergangenheit verhindern.

Von David Rosenberg

Unsere Gruppe besteht zum größten Teil aus amerikanischen Juden im Alter zwischen 35 und 55 Jahren. Obwohl keiner von uns mit Opfern des Holocaust nah verwandt ist, liegt uns die Geschichte des Dritten Reichs und eine ernsthafte Aufarbeitung dieses Themas sehr am Herzen. Besonders wichtig für uns ist dabei die Auseinandersetzung mit der Firma BAYER, da sich in unserer Stadt die amerikanische Zentrale des Konzerns befindet. BAYER gehörte zu den Stützen des Nazi-Regimes und trägt daher bis heute eine besondere Verantwortung. Unsere Gruppe nennt sich „Committee for Appropriate Acknowledgment“, was in etwa „Komitee für einen angemessenen Umgang mit der Schuld“ bedeutet.

Hier in Pittsburgh ist der Einfluß der Firma BAYER sehr groß - fast wie in Leverkusen. Nachts leuchtet eine gigantische Leuchtreklame mit dem BAYER-Kreuz von einem Hügel, der unsere Stadt überragt.

Das Unternehmen spendet viel Geld an kulturelle Einrichtungen, an die Universitäten sowie an Radio- und Fernsehstationen. Ironischerweise finanziert BAYER auch ein Zentrum für Umweltwissenschaften an der Duquesne University in Pittsburgh. Bei unserer Arbeit müssen wir daher auch gegen ein übertrieben positives Image des Konzerns angehen. Der unmittelbare Anlaß für unsere Arbeit war eine BAYER-Spende von \$100.000 an die Jüdische Gemeinde von Pittsburgh. Mit dieser Summe wurde die Erweiterung unseres Gemeindezentrums unterstützt als Gegenleistung wurde der Jugendraum des Zentrums offiziell in „Bayer Foundation Teen Lounge“ (Jugendraum Bayer-Stiftung) umbenannt. Außerhalb des Saals weist ein Hinweisschild auf die Unterstützung von BAYER hin.

Unser Komitee protestiert gegen dieses Schild und seine Symbolik. Dieses Unternehmen hat eine schreckliche Rolle in der Geschichte des jüdischen Volkes gespielt. Es hat seine Schuld bis heute nicht aufgearbeitet und keine Entschuldigung ausgesprochen. Wir glauben nicht, daß unsere Jüdische Gemeinde in Pittsburgh durch dieses Schild den Namen von BAYER normalisieren, legitimieren und sogar ehren sollte. Wir fordern daher, daß auf diesem Schild die Verbindung der Firma mit dem Holocaust klar dargestellt wird. Hierfür haben wir eine Petition mit einem neuen Text in Umlauf gebracht.

Statt „Bayer Foundation Teen Lounge“ soll es heißen:

Jugendsaal

Gestiftet von der Bayer Foundation
In Trauer um die historische Rolle der
Firma im Holocaust

Diese Petition enthält bislang die Namen von mehr als hundert MitbürgerInnen, darunter zehn Holocaust-Überlebenden. Auf diese Weise soll unserer Jugend bewußt werden, was sich auch mit dem Namen BAYER verbindet. Doch ein solches Schild zu ändern, ist kein leichtes Unterfangen. Hiergegen gibt es Widerstände, da eine solche Umbenennung die ganze Problematik des mangelnden Schuldbewußtseins bei der BAYER AG und den anderen Tochter-Firmen der IG FARBEN berührt.

Schon seit 1990 führen wir mit BAYER ähnliche Auseinandersetzungen. Zunächst wollte das Unternehmen eine Ausstellung über den Leidensweg von Anne Frank sponsern, später dann eine Lesung mit dem KZ-Überlebenden Elie Wiesel unterstützen. Über die eigenen Verbrechen sollte dabei jeweils kein Wort verloren

werden. Elie Wiesel drohte mit einer Absage, als er von der Verbindung zu einem IG FARBEN-Nachfolger erfuhr. Um ein PR-Desaster zu vermeiden, setzte sich der amerikanische BAYER-Chef Helge Wehmeier persönlich mit der „United Jewish Federation of Pittsburgh“ und mit Elie Wiesel in Verbindung und bot eine Entschuldigung an. Tatsächlich äußerte Wehmeier öffentlich, daß er „Trauer,

Wir glauben nicht, daß unsere Jüdische Gemeinde in Pittsburgh den Namen von BAYER normalisieren, legitimieren und sogar ehren sollte.

Bedauern und Scham“ empfinde, und daß er „Elie Wiesel und alle anderen Betroffenen für die Taten der IG FARBEN und des deutschen Volkes um Entschuldigung bitte“. Diese Bitte war allerdings eine persönliche und keine offizielle Entschuldigung der Firma BAYER, die bis heute aussteht. Selbst den persönlich gehaltenen Text von Wehmeier gab BAYER nicht an die Presse weiter.

Vor wenigen Wochen haben wir eine Veranstaltung mit dem ehemaligen IG FARBEN-Zwangsarbeiter David Fishel

organisiert. Fishel prozessiert seit 1996 gegen BAYER, BASF, HOECHST, DAIMLER-BENZ und KRUPP vor einem amerikanischen Gericht, wo er seinen Arbeitslohn einfordert (SWB berichtete). In den letzten Monaten haben wir zudem mit der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) einen sehr fruchtbaren Kontakt aufgenommen. Die Erfahrungen der CBG sind für unsere Arbeit sehr nützlich. Wir möchten Ihnen unseren Respekt aussprechen für ihre Hartnäckigkeit und ihren Mut, schwierige Fragen gegenüber dem BAYER-Vorstand und dem Rest der Welt öffentlich zu machen! Zu Beginn des nächsten Jahres erhoffen wir den Besuch eines Vertreters der CBG bei uns in Pittsburgh. Auf diese Weise können wir gemeinsam die Probleme der BAYER-Geschichte sowie die mangelnde Anerkennung von Schuld bei uns bekanntmachen. Nur durch öffentlichen Druck aus verschiedenen Richtungen wird diese Thematik ernstgenommen und die Wahrheit ans Licht kommen!

Kontakt: Committee for Appropriate Acknowledgment, Post Office Box 81243 Pittsburgh, Pennsylvania 15217, USA oder über: CBGnetwork@Aol.com

ABONNIEREN SIE JETZT!

STICHWORT BAYER kritisiert mit einer Fülle von Fakten die globale Betätigung der Multis am Beispiel des BAYER-Konzerns. STICHWORT BAYER berichtet über die Kritik und über den Widerstand in aller Welt. STICHWORT BAYER ist ein einzigartiges Stück öffentlicher Kontrolle. Wenn auch Sie meinen, diese Kontrolle muß wirksamer werden, abonnieren Sie jetzt, werden die (Förder-)Mitglied!

.....C.O.U.P.O.N.....

Ja,

ich finde öffentliche Kontrolle der Multis bedeutsam. Ich möchte abonnieren bzw. (Förder-)Mitglied der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) werden. Dafür erhalte ich viermal im Jahr STICHWORT BAYER (SWB) und zusätzlich gratis den SWB-TICKER als Supplement.

- Ich werde (Förder-)Mitglied mit einem Beitrag von _____ DM/Monat (mind. 10 DM/Monat). (Förder-)Mitglieder erhalten STICHWORT BAYER(SWB) und das SWB-Supplement TICKER gratis.
- Ich möchte aktiv mitarbeiten.
- Ich abonniere STICHWORT BAYER (SWB) für _____ DM/Jahr (mind. 60 DM/Jahr). Dafür erhalte ich das SWB-Supplement TICKER gratis.
- Ich erhalte STICHWORT BAYER (SWB) bereits regelmäßig und möchte zusätzlich weitere _____ Hefte für 3 DM/Heft (incl. Porto) zur Weitergabe an FreundInnen und Bekannte.

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Hiermit ermächtige ich die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e.V. meine Abgebühr/meinen Beitrag bis auf Widerruf von meinem Konto

monatlich vierteljährlich halbjährlich jährlich per Lastschrift einzuziehen.

Bank _____ Kontonummer _____ Blz _____

Name, Adresse _____

Bitte einsenden an:
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e.V., Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fax 0211 - 33 39 40

Unterschrift _____

Unfälle in der Chemischen Industrie

Gefahr für Leib und Leben

Bei einer Explosion in einer Pestizidfabrik des US-Konzerns UNION CARBIDE trat 1984 das hochtoxische Methyl-Isocyanat (MIC) aus. Diese weltweit größte Chemie-Katastrophe kostete in Bhopal/Indien mindestens 2.000 Menschen das Leben, mehr als 100.000 wurden verletzt.

Zahlreiche Untersuchungen stellten daraufhin fest, daß auch in den Industriestaaten ein bedrohliches Gefahrenpotential besteht. Einer breiten Öffentlichkeit wurden mit einem Schlag die Risiken der chemischen Grossproduktion bewußt. 1990 kam die amerikanische Umweltbehörde EPA zu dem erschreckenden Ergebnis, daß sich in den USA zwischen 1980 und 1990 fünfzehn Unfälle ereigneten, bei denen mehr giftige Chemikalien austraten, als seinerzeit in Bhopal. Nur schnelle Evakuierungen und Zufälligkeiten wie günstige Windrichtungen hätten weitere Katastrophen verhindert.

Sieben Firmen werden in der Studie als Hauptverantwortliche genannt, darunter BAYER. Das Leverkusener Unternehmen ist das einzige ausländische unter den Top 7.

Daraufhin startete die Forschungsgruppe PIRG eine breit angelegte Untersuchung. Unfallszenarien der 7.600 gefährlichsten US-Anlagen sollten erstellt und das Risikopotential in jedem einzelnen amerikanischen Bezirk unter die Lupe genommen werden. Die jetzt veröffentlichten Ergebnisse sind alarmierend: zwischen 1993 und 1995 ereigneten sich in den 66.000 amerikanischen Chemie-Fabriken mehr als 23.000 Unfälle - fast ein Unfall pro Stunde. Jede/r sechste AmerikanerIn lebt so dicht an einem gefährlichen Werk, daß bei einem „worst case scenario“ Gefahr für Leib und Leben besteht. Trotzdem haben AnwohnerInnen, Gemeinden und ArbeiterInnen nur in den seltensten Fällen Zugang zu Informationen über das bestehende Gefahrenpotential, eine Informationspflicht für die Betreiber der Anlagen existiert nicht. Ebenfalls gefährlich eingeschätzt werden Gefahrtransporte, die für ein Viertel aller Gift-

Die US-Forschungsgruppe „Public Information Research Group“ (PIRG) hat eine Studie vorgelegt, in der die Gefahren durch Chemie-Unfälle für die amerikanische Bevölkerung analysiert werden. Die alarmierenden Ergebnisse dokumentieren eine direkte Bedrohung jedes/r sechsten AmerikanerIn - mehr als 40 Millionen EinwohnerInnen! Sieben Unternehmen werden als Hauptverantwortliche für die Risiken genannt, darunter auch BAYER.

Von Philipp Mimkes



freisetzungen verantwortlich gemacht werden. Allein im Großraum Chicago werden täglich eine Million Tonnen toxischer Chemikalien auf Straßen und Schienen transportiert, ohne daß diese Bewegungen zentral erfaßt würden. Nach Unfällen vergeht viel Zeit, bis Notfallmaßnahmen ergriffen werden, da keine Vorsorgepläne existieren.

Die Studie dokumentiert zahlreiche drastische Fälle: in Kalifornien mußten nach einer Freisetzung von Oleum mehr als 20.000 Menschen in Krankenhäusern behandelt werden. Die giftigen Dämpfe

waren mehr als 20 km weit getrieben, die Firma hatte zuvor von einem maximalen Gefahrenbereich von einem Kilometer gesprochen. In Wisconsin gelangten 50 Tonnen Benzol in einen Fluß, eine 30 km lange Giftwolke entstand, 40.000 Personen mußten evakuiert werden. In Pennsylvania traten 125 Tonnen eines mit Schwermetallen belasteten Ätzmittels aus, 1.500 AnwohnerInnen wurden schwer vergiftet. Nach einem Feuer in einer Chemiefabrik in New Jersey, bei dem 5 Arbeiter getötet wurden und giftiges Phenol in einen Fluß gelangte, ließ

ein Firmensprecher verlautbaren: „Solche Dinge geschehen, so wie auch Flugzeuge abstürzen.“

Sieben Firmen werden in der Studie als Hauptverantwortliche genannt: DOW, DUPONT, 3M, MONSANTO, GE PLASTICS, UNION CARBIDE - und BAYER, das Leverkusener Unternehmen ist das einzige ausländische unter den Top 7. Die PIRG kritisiert, daß in den USA keine Aufsichts-

Zwischen 1993 und 1995 ereigneten sich in den 66.000 amerikanischen Chemie-Fabriken mehr als 23.000 Unfälle.

behörde existiert, die alle Unfallursachen zentral erfaßt und untersucht, und die gesetzliche Sicherheitsbestimmungen erlassen kann. Die Folge ist, daß Zahl und Ausmaß der Unfälle über die Jahre unverändert hoch blieben. Ein jahrzehntelanger Bestandsschutz bewirkt, daß der neueste Stand der Technik nicht vorgeschrieben wird und risikoärmere Produktionswege nicht zum Einsatz kommen. Gesetzliche Bestimmungen vernachlässigen die Prävention und beschränken sich auf Vorgaben im Fall von Störungen. Die Lobbyorganisationen der Chemischen Industrie bekämpfen jegliche Offenlegung von Betriebsdaten und Unfallplänen. Zwar wurde 1990 vom amerikanischen Kongreß die Gründung einer zentralen Untersuchungsbehörde durchgesetzt, bis heute ist aber dieser Beschluß nicht umgesetzt worden.

Im Sinne einer Gefahrenminimierung schlägt die PIRG vor, daß alle Betreiber periodisch die Risiken ihrer Anlagen veröffentlichen und mit alternativen Produktionswegen vergleichen müssen. Verfahren mit erhöhten Umweltemissionen oder niedrigen Sicherheitsstandards sollten nur innerhalb einer Umrüstungsfrist genehmigt und mit Abgaben belegt werden. Es wäre außerdem erforderlich, Stoffströme quantitativ und qualitativ bekanntzugeben und alle Unfallszenarien frei zugänglich zu machen. Informationen über Unfälle jeglicher Art müßten nach Ansicht der PIRG zentral ausgewertet werden. Die Ergebnisse könnten dann dazu dienen, die Veröffentlichungen der Unternehmen zu prüfen und gegebenenfalls Strafen zu verhängen. Für Gemeinden und AnwohnerInnen fordert die PIRG ein Anhörungsrecht bei der Genehmigung von neuen Anlagen und von Übergangsfriesten.

Die Lage in Deutschland ist wegen der dichteren Besiedlung sicherlich nicht weniger gefährlich. Und auch die deutsche Störfallkommission verfügt über keinerlei Sanktionsmöglichkeiten und wird zudem von der Industrie dominiert. Wenn es um Emissionen, Produktionsmethoden und Mengenangaben gelagerter Stoffe geht, mauern auch in der Bundesrepublik die Unternehmen - angeblich aus Konkurrenzgründen. Daher sollte die Analyse der PIRG auch in Deutschland Beachtung finden.

PERSPEKTIVEN KONGRESS

GELD ENTMÄCHTEN!



EUGEN DREWERMANN

„Jesus und das Geld“
Zwischen Gott und dem
Mammon

MARGRIT KENNEDY

„Die Globalisierungschance“
Denkbares machen
Machbares denken

HELMUT GREUTZ

„Geld zerstört die Welt“

Informationen unter:
Bildungswerk bdö
Tel./Fax: 02 11 - 34 93 09
E-Mail: klaus.popp@metronet.de



INITIATIVE FÜR NATÜRLICHE WIRTSCHAFTSORDNUNG



DÜSSELDORF
30./31. JANUAR 1999
BÜRGERHAUS BILK

Das TÜV-Gutachten zum Dormagener Störfall

Nichts Genaues weiß man nicht

Im Juni 1997 ereignete sich bei BAYER Dormagen ein Störfall, bei dem 12 Tonnen des krebserregenden Toluyldiamin (TDA) austraten (SWB berichtete ausführlich). Der TÜV Rheinland, beauftragt den Vorfall zu untersuchen, konnte in seinem Gutachten die genaue Schadensursache nicht feststellen, schloß Versäumnisse von BAYER aber aus. Angelika Horster, Mitglied der Störfall-Kommission und des BUND, nimmt zu dem Bericht kritisch Stellung.

Das Gutachten, das der TÜV Rheinland im Auftrag der Kriminalpolizei Köln anfertigte, wirft einige Fragen auf. Der TÜV sollte auch Wartungsmängel überprüfen, macht dazu aber keine Aussagen. Er geht lediglich auf eine mögliche Fehlbedienung oder ein Fehlverhalten während des Unfalles ein und schließt beides aus. Untersuchungen der geplatzten Rohre haben jedoch ergeben, daß hier Korrosionen und Ablagerungen an einer Verzweigungsstelle vorliegen. Eine sogenannte verdünnte Fahrweise - anscheinend zur besseren Vermischung des Produkts - wurde vor dem Störfall aus ungenannten

Gründen eingestellt. Der Durchfluß durch die Rohre war unregelmäßig. Vergleiche mit den älteren Anlagen zeigen Unter-

Das Management von BAYER muß sich fragen lassen, wer diese offensichtlichen Defizite zu verantworten hat.

schiede im Zustand der Rohre. Dies zusammen läßt sehr wohl auf Wartungsfehler und -versäumnisse schließen. Da der TÜV auch für die Überprüfung der gesetzlichen Vorschriften bei der BAYER AG zuständig ist, stellt sich somit die Frage, ob ihm solche Wartungs- und Ver-

fahrensdefizite nicht früher hätten auffallen müssen. Besteht womöglich eine Befangenheit des Gutachters? Das Management von BAYER muß sich fragen lassen, wer diese offensichtlichen Defizite zu verantworten hat, und warum die verdünnte Fahrweise abgestellt worden ist? War sie überhaupt genehmigt und in der Sicherheitsanalyse, wie sie zur Vermeidung von Störfällen vor der Inbetriebnahme vorgelegt werden muß, berücksichtigt worden?

Eine Klärung dieser Fragen erscheint umso dringlicher, als sich im April dieses Jahres ein weiterer Störfall in der Anlage ereignete, bei dem wieder TDA austrat und diesmal sogar ein Arbeiter mit dem Stoff in Berührung kam. Konsequenzen aus dem Vorfall im vergangenen Jahr sind offensichtlich nicht gezogen worden. Es zeigt sich, daß TDA schwierig zu handhaben ist und die BAYER AG dringend auf alternative Verfahren zur Polyurethan-Herstellung zurückgreifen müßte, wollte sie weitere Unfälle in Zukunft vermeiden.

BAYER will Veröffentlichung von Abwasserdaten verhindern

Betriebsgeheimnis Rheinabwässer

Schadstoffbeladenes Abwasser des Chemiemultis BAYER ergießt sich seit Jahren aus den Rohren in Leverkusen. Der „Verein zum Schutz des Rheins und seiner Nebenflüsse e.V.“ (VSR) versucht zur Zeit die Abwassermengen des Chemiemultis BAYER abzuschätzen und zu bewerten. Hierzu haben die UmweltschützerInnen beim Staatlichen Umweltamt (StUA) in Köln Anfang dieses Jahres Kopien der offiziellen Meßdaten des Leverkusener Werkes von 1997 angefordert. Aber BAYER wünscht dies nicht. Der Konzern bewertet seine Giftfrachten in den Rhein als Geschäfts- und Betriebsgeheimnis. Trotz der von BAYER immer wieder behaupteten Dialogbereitschaft versucht

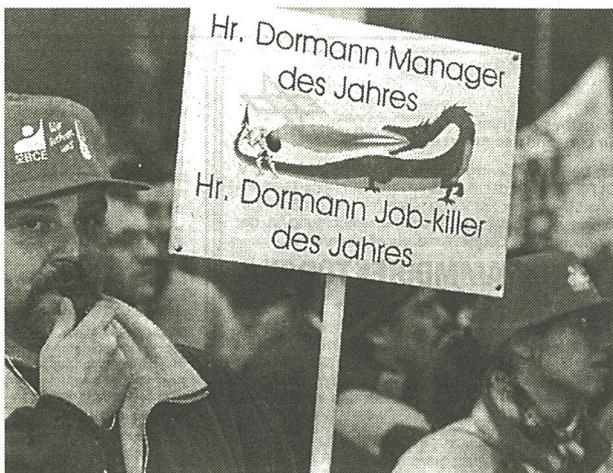
der Chemiemulti jetzt rechtswidrig die Einsichtsmaßnahme zu verhindern. Dabei steht doch in des Multis Umweltbericht, daß „Information immer eine Bringschuld des Unternehmers“ sei. Wenn nun aber UmweltschützerInnen ihre durch Gesetze geschützten Rechte in Anspruch nehmen wollen, versucht BAYER diese zu beschneiden, um die wahren Informationen über die Vergiftung unserer Flüsse zu verheimlichen.

Unterstützt wird der Chemiemulti hierbei von der zuständigen Überwachungsbehörde. Nachdem diese Anfang des Jahres sich noch für eine Weitergabe der Daten eingesetzt hatte, scheint sich das im Sommer geändert zu haben. Obwohl

BAYER behördlich festgesetzte Termine für eine Stellungnahme nicht eingehalten hat, wurden die Fristen immer weiter verlängert und dadurch die Einsichtnahme durch den VSR weiter verzögert.

Was will BAYER verheimlichen? Hat es 1997 einen nicht gemeldeten Störfall gegeben? Hält sich der Betrieb nicht an die von der obersten Wasserbehörde gemachten Auflagen? Rechnet BAYER daher mit einer Strafanzeige vom VSR bei der zuständigen Staatsanwaltschaft? Fragen über Fragen, deren Beantwortung aussteht.

Dipl.-Phys. Harald Gülzow, VSA



Demo gegen HOECHST-Chef Dormann

ÖKO-INSTITUT und HOECHST

Zweifelhafte Kooperation

Eine ungewöhnliche Kooperation führte den HOECHST-Konzern und das Darmstädter ÖKO-INSTITUT zusammen. Gemeinsam wurden allgemeine Leitlinien für eine nachhaltige Produktion entwickelt, außerdem erarbeitete das ÖKO-INSTITUT beispielhaft eine ökologische Bewertung zweier Exportprodukte. Eine kritische Analyse der Studie „HOECHST Nachhaltig“.

Von Herbert Steeg

Manchmal spricht der erste Eindruck bereits für sich: Nimmt man die Studie „HOECHST Nachhaltig“ zur Hand, so wundert mensch sich, daß als Herausgeber das ÖKO-INSTITUT e.V. angegeben wird. Denn Gestaltung und Wortwahl erinnern eher an eine Werbeschrift des VCI (Verband der Chemischen Industrie). Und wirklich, was dort unter „Sustainable Development“ zunächst ausgeführt wird, findet sich fast wörtlich so in der Homepage des VCI.

Zu Beginn der Studie ist zu lesen: „Inzwischen hat sich HOECHST in einer Weise verändert, die beim ersten Kontakt unvorstellbar war.“ Mensch reibt sich die Augen und fragt erstaunt, worin denn diese Veränderung bestehen soll? Ja, so wird mensch dann aufgeklärt, HOECHST habe eine neue Unternehmensstruktur, es habe große Teile der klassischen Chemie verkauft oder ausgegliedert und sehe seine Zukunft im Pharma- und Agrobio-

reich. Eine typisch postfordistische Strategie, wie sie von den meisten Konzernen in Rahmen der Globalisierung betrieben wird. Was ist daran aufregend oder gar „unvorstellbar“? Und wieso soll das positiv oder gar ökologisch sein? Die „klassische Chemie“ existiert ja weiter, zu befürchten ist jedoch, daß die neu entstandenen GmbHs niedrigere Umweltstandards verwenden als zuvor.

Die von HOECHST und ÖKO-INSTITUT gemeinsam erarbeiteten Leitlinien sind sehr allgemein gehalten und geben nur unverbindliche Ziele an. Doch die Wahrheit ist immer konkret. Ob HOECHST sich hier nur mit dem ÖKO-INSTITUT schmückt, um so eine Umweltkritik von vornherein zu unterlaufen, oder ob umgekehrt das ÖKO-INSTITUT HOECHST zu irgendwas bewegt hat, soll daher am konkreten Teil der Broschüre, den beiden aufgeführten Beispielen, bewertet werden.

Weder nachhaltig noch ökologisch

Im ersten Fallbeispiel wird eine spezielle Bitumendachabdichtung (aus PET) untersucht, die in die VR China exportiert werden soll. Festgestellt wird, daß es sich dabei um ein hochbeständiges Produkt für Flachdächer handelt, und daß in China Wohnbauten typischerweise mit Flachdach gebaut werden. Bisher werde dafür Rohfilz-Pappe benutzt, die jedoch häufig undicht werde und schnell erneuert werden müsse. Durch den Einsatz der PET-Pappe von HOECHST müsse weniger repariert werden, und daraus wird eine „relative Verbesserung der Umweltbelastungen“ abgeleitet.

Das ist jedoch mehr eine Marktlückenanalyse als eine Öko-Bilanz! Die

Gründe für die vielen chinesischen Flachdächer oder Alternativen dazu werden nicht benannt. Wieso nicht andere Dächer? Der Export der PET-Dachpappe reproduziert lediglich das übliche Verhältnis der Industriestaaten zur Dritten Welt. In „HOECHST Nachhaltig“ ist nicht einmal von der Notwendigkeit einer vorherigen Ökoprüfung des Exportprodukts im Ziel-land die Rede. Wer sagt denn, daß sich das PET auf den chinesischen Dächern nicht zersetzt, mag es in Europa noch so gut sein? PET (Polyethylenterephthalat) bildet beim Verfall kurzkettenige Phthalatester, wie sie als Weichmacher auf dem Markt sind. Der negative Einfluß von Weichmachern auf den Menschen ist längst bekannt. Dazu eine kurzes, selbst-erlebtes Beispiel: Ein hochwertiges Produkt zur Oberflächenversiegelung (Lackierung) wurde nach Südostasien verkauft. Von dort kamen nach wenigen Monaten Klagen, die Polymerschicht sei von den Oberflächen bereits abgewittert. Ungläubiges Staunen, denn in Europa hält das Produkt viele Jahre. Dann die Erklärung: Die enorme UV-Einstrahlung in Südostasien erzeugte schnell chemische Veränderungen, die in Verbindung mit hoher Luftfeuchtigkeit und großen Temperaturschwankungen das Polymer zerstörten. Ist es sicher, daß ähnliches bei der HOECHST-Dachpappe unmöglich ist?

Auch im zweiten Beispiel wird ein Exportprodukt für den chinesischen Markt untersucht: Sorbinsäure, ein Lebensmittelkonservierungsstoff. So heißt es in „HOECHST Nachhaltig“: „Nach einer SRI-Studie verhält sich der Einsatz von Lebensmittelzusatzstoffen in etwa proportional zu dem Einkommensniveau. Konservierungsstoffe stellen dabei die erste

Kategorie dar, sie werden also vor allen anderen Lebensmittelzusatzstoffen eingesetzt. Eine Erhöhung des Einkommens in China ausgehend von einem niedrigen Niveau führt somit zunächst zu einer Erhöhung des Bedarfs an Konservierungsstoffen.“ Hier wird anscheinend einiges verwechselt. Erhöhter Einsatz von Lebensmittelzusatzstoffen erfolgt in Ländern mit industrialisierter Nahrungsmittelversorgung, und in diesen Ländern ist das Einkommensniveau bisher hoch. Mehr Zusatzstoffe in der Nahrung verbessern aber nicht das Einkommen. Wenn also die VR China verstärkt Sorbinsäure nachfragt, so zeigt das nur, daß sich das Land dem westlichen, industriellen Ernährungsmodell annähert und sich so für HOECHST eine Marktlücke auftut. Das ist weder „nachhaltig“ noch „ökologisch“. Als Beispiel für die bessere Konservierung wird in „HOECHST Nachhaltig“ ausgerechnet Schnittbrot angeführt. Nur: die Chinesen essen traditionell kein Brot! Die notwendige Brotkonservierung in China ist ein Beispiel für die Einführung europäischer Nahrung. Gerade die asiatische Küche kennt viele alte, eingeführte Konservierungsmethoden ohne Chemie.

Schließlich sind Konservierungsstoffe nicht unbedenklich, da sie ein erhöhtes Allergiepotezial tragen.

HOECHST bedenklich

Die Beispiele beweisen keine ökologische Kehrtwendung des HOECHST-Konzerns, sondern nur, daß China dem herrschenden Industrie- und Technikkonzept naheifert, anstatt eine eigene, alternative Wissenschaftsrichtung zu entwickeln. Die Studie kommt zu dem Schluß, „der Umbau von HOECHST zu einem nachhaltigen Konzern...erfordert eine lange Liste von Maßnahmen.“ Weniger konkrete wie „die Etablierung des Leitbilds der Nachhaltigen Entwicklung“ und sehr konkrete, etwa eine „stärker nachfrage- und marktorientierte F & E“ (Forschung & Entwicklung). Gerade letzteres hat mit „nachhaltig“ nichts zu tun! Am Ende heißt es dann wörtlich: „HOECHST sollte neben der Produktbewertung andere Felder angehen: hierzu gehören z.B. die Organisations- und Personalentwicklung, der mögliche Abbau von Arbeitsplätzen, das Finanzmanagement sowie die Bereiche policy affairs und F & E, die es auszurichten gilt.“ Darauf wären die HOECHST-Mana-

ger wohl selbst nicht gekommen!?

Unter Umweltschutz kann mensch verschiedenes verstehen. Das mindeste ist, die einschlägigen Gesetze zu befolgen, keine neuen „Altlasten“ entstehen zu lassen und bereits kritisch diskutierte Produktionslinien zu meiden. Das ist heute unter den intelligenteren IndustriemanagerInnen Konsens. Die Ökologiebewegung muß aber mehr unter Umweltschutz verstehen, da die Industriegesellschaft ohne eine grundsätzliche Umgestaltung auf eine Katastrophe zuläuft. Welcher Beelzebub hat also das ÖKO-INSTITUT geritten, diese Leitlinien mit zu verfassen? Die zweckoptimistische Zuversicht „Wer mitredet, bestimmt mit, und so entwickelt sich Öko-Einfluß“? Den besseren „Unternehmensberater“ zu spielen, ist keine kluge Strategie für eine Ökogruppe. Denn wer Umweltschutz auf die Optimierung des Bestehenden reduziert, der reduziert den Umweltschutz, der wird schließlich von der Industrie aufgesaugt und am Ende völlig unkenntlich. Ein etwaiges „BAYER nachhaltig“ sollte sich das ÖKO-INSTITUT im Sinne einer Müllvermeidung gleich sparen.



UMWELT FONDS

Kein Geld für Rüstung!
Ökologischer Geld-Kreislauf.

Postfach 15 04 18
40081 Düsseldorf

Fon 0211 - 26 11 210
Fax 0211 - 26 11 220

Am Hackenbruch 87
40231 Düsseldorf

eMail: Co_gegen_Bayer@
Nadeshda.gun.de

Ja, ich habe Interesse:

Name _____

PLZ, Ort _____

Fon/Fax _____

Für ein paar DAX-Punkte mehr

„BAYER will an die Wall Street“, „BAYER trennt sich von AGFA“, „BAYER ordnet Chemiesparte neu“, „BAYER gliedert Rechenzentrum aus“, „BAYER führt Wertmanagement ein“, unter diesen oder ähnlichen Überschriften berichteten viele Zeitungen über aktuelle Geschäftsaktivitäten der Multis. So wenig diese auf den ersten Blick miteinander gemein haben mögen, so sehr dienen sie doch alle einem einzigen Zweck: der Steigerung des Shareholder value.

Von Jan Pehrke



BAYER-Finanzchef Wenning ist „Profit-Supermodel“ findet das *managermagazin*.

Lang, lang ist's her, daß das 3. Europäische Management-Forum das „Davoser Manifest“ verabschiedete. Zumindest auf dem Papier beschwor man 1973 in der Schweiz eine sozialverträgliche Unternehmensphilosophie: „Berufliche Aufgabe der Unternehmensführung ist es, Kunden, Mitarbeitern, Geldgebern und der Gesellschaft zu dienen ...“ und „der Unternehmensgewinn ist daher ein notwendiges Mittel, nicht aber das Endziel der Unternehmensführung.“ Heutzutage dienen Unternehmen nur noch ihrem eigenen Aktienkurs. BAYER-Finanzmann Bernd-Joachim Menn spricht von einem Wandel in der Denkrichtung und gibt vorsichtig kund, woher jetzt der Wind weht: „Der Mitarbeiter bleibt zwar weiter das wichtigste Kapital, aber das Vertrauen der Aktionäre ist ein notwendiges Asset (= Gut, SWB).“ Die Globalisierung der Kapitalmärkte hat die großen Aktienfondsgesellschaften so groß werden lassen, daß sie Druck auf Unternehmen ausüben können. Um diesem Druck von seiten der Shareholder standhalten zu können, beschäftigen die Global Players ihrerseits zunehmend Finanz-Analysten. Bei anstehenden strategischen Entscheidungen ist ihr Wort oft ausschlaggebend, was ManagerInnen alter Schule nicht selten wurmt. Zudem läßt BAYER die ManagerInnen der großen amerikanischen Pen-

Mit Wertmanagement zu mehr Shareholder value

sionsfonds, die zusammen ca. 12 % der BAYER-Aktien halten, regelmäßig zu Meetings ein. Und das sind keine unverbindlichen Kaffeerunden. Eines dieser Treffen führte jetzt zu einer Umstrukturierungsmaßnahme, die weitreichende Folgen haben wird: die Einführung des sog. Wertmanagements. Darunter versteht BAYERs Finanzchef Werner Wenning die konsequente Ausrichtung jeder Unternehmenshandlung, jedes Mitarbeiters auf die Steigerung des Aktienkurses. Er glaubt dafür mit der Kennzahl des Delta-Unterschieds-Brutto-Cash-Flow (DUB) sogar einen untrüglichen Gradmesser gefunden zu haben. Diese Größe erfaßt den Anteil der unmittelbar liquiden Mittel am Umsatz und gibt so besser als der bloße Umsatz Rechenschaft über die Marktpower eines Unternehmens. Und um „das Bewußtsein für Wert, Wertschaffung, Marge und Kapitalproduktivität“ bei der Belegschaft zu stärken, plant der Chemie-Konzern, als 3. Gehaltskomponente eine DUB-Größe einzuführen. Was nichts anderes bedeutet, als eine Art Aktienkurs-Akkord zu etablieren, der die MitarbeiterInnen auf Gedeih und Verderb dem Auf und Ab der Weltbörsen ausliefert.

Mittels eines speziellen Datenerfassungssystems werden in nächster Zukunft die DUB-Werte aller 21 Geschäftsbereiche und 91 Geschäftsfelder ermittelt. Wenn dabei herauskommen sollte, daß die Kosten für Personal, Maschinen und Transporte den DUB-Wert einer bestimmten Abteilung drücken, ist Handlungsbedarf gegeben: Rationalisierung, Flexibilisierung, Ausgliederung, „auch Verkauf oder Schließung eines Bereiches“ (Wenning).

Über die Hebel „Steigerung des Cash flows“ und „effizienterer Kapitalumschlag“ (z.B. durch flexiblere Arbeitszeiten) ist das Wertmanagement in erster Linie ein Rationalisierungsprogramm. Expansion durch mehr Wachstum und damit - vielleicht? - neue Arbeitsplätze ist in diesem Konzept nur als langfristige und äußerst vage Perspektive vorgesehen.

Wertmanagement stellt nichts absolut Neues dar, lediglich eine weitere Aus-

differenzierung des Shareholder value-Prinzips, einen noch engeren Schluß zwischen Unternehmensführung und Aktionärsinteressen. Ein Großteil der Operationen von BAYER im laufenden

„Wertmanagement ist ein Extremsport“, zitiert das *managermagazin* einen Unternehmensberater

Geschäftsjahr diente bereits vornehmlich der Aktionärsbeglückung. Und die Shareholder zeigten sich dementsprechend erkenntlich. Als „Demonstration des Shareholder value“ bezeichnete das *Handelsblatt* den Erwerb des Diagnostika-Geschäfts von CHIRON für fast zwei Milliarden Mark. Positiv reagierten die Märkte laut *Financial Times* auf die Bekanntgabe einer Kooperation mit dem Genomforschungsunternehmen MILLENNIUM. „Kursstimulierend“ empfand der Aktien-Analysist der WEST LB, Ludger Mues, den Börsengang von AGFA. Und freundliche Reaktionen auf dem Parkett dürften auch BAYERs Verkäufe des Zeolith- und Farbpasten-Geschäfts sowie die Ausgliederung des Rechenzentrums und die Auflösung der Sparte „Anorganische Chemie“ hervorgerufen haben.

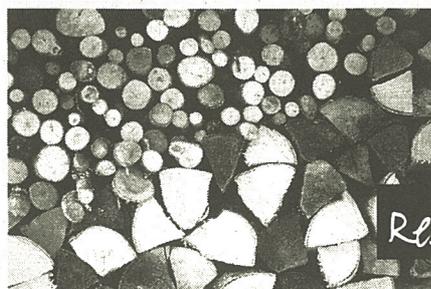
Sollte BAYER seine Ankündigung wahr machen und im Jahr 2000 an die amerikanische Börse gehen, wird das

Klima noch rauher werden. US-Shareholder gelten im Vergleich zu den europäischen als noch ungeduldiger. Wenn BAYER dann dem US-Bilanzrecht genügen muß und seine Gewinne in den Geschäftsberichten nicht mehr herunterrechnen kann, werden sie konsequent auf Ausschüttungen bestehen. DGB-WissenschaftlerInnen sehen auch die Mitbestimmung in Gefahr, denn das sie spärlich gewährleistende Aufsichtsratsystem steht nach Meinung der US-AnlegerInnen schnellen und unbürokratischen Entscheidungsstrukturen innerhalb eines Konzerns im Weg.

„Wertmanagement ist ein Extremsport“, zitiert das *managermagazin* einen Unternehmensberater. BAYER hat es darin schon weit gebracht. Das Wirtschaftsjournal *Capital* führt den Chemie-Konzern auf Rang vier seiner Shareholder value-Hitparade deutscher Unternehmen. Auf der Strecke geblieben sind bei dieser Disziplin die Arbeitsplätze, deren Vernichtung die Börsianer regelmäßig in Sektlane versetzt, das Betriebsklima, die Umwelt, die Steuereinnahmen von Kommune und Land und die Herstellung wirklich notwendiger, aber nur wenig profitabler Produkte. Bleibt zu hoffen, daß die Börsencrashes in Asien und Südamerika zum Anlaß genommen werden, den neoliberalen Casino-Kapitalismus wieder in seine Schranken zu verweisen.



TIAMATdruck GmbH



Ressourcen erhalten

Luisenstraße 69 • 40215 Düsseldorf
Tel. 02 11/37 94 00 • Fax 02 11/38 40-368

Evangelische Landeskirche verhindert
Förderung BAYER-kritischer Arbeit

Das Kreuz mit der Kirche



STICHWORT BAYER berichtete bereits mehrfach über die erfolglosen Bemühungen der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN, einzelne Projekte ihrer Arbeit durch den Ausschuß für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP) der Evangelischen Kirche fördern zu lassen. Die geschilderten Schwierigkeiten sind kein Einzelfall und resultieren im Wesentlichen aus der Einmischung des Leverkusener Multis auf die Vergabepaxis der Kirchen-Stiftung.

Von Uwe Friedrich

Bereits 1994 war im Rahmen einer Konsultation der Evangelischen Landeskirche im Rheinland mit den kirchlichen Basisgruppen in Bonn, an der auch der damalige, mittlerweile verstorbene Präses Peter Baier beteiligt war, eine Übereinkunft getroffen worden, die COORDINATION solle ein gemeinsam abgestimmtes Projekt beim ABP beantragen. Der intensive Abstimmungsprozeß über den AGKED-Bbeauftragten (AGKED = Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst) der Landeskirche, Wolfgang Wallbrach, führte zum Verzicht der COORDINATION auf ihren ursprünglich eingereichten Antrag, zu mehrfacher Überarbeitung und inhaltlicher Neukonzeption und damit schließlich zur Beantragung eines Projekts mit einem finanziell deutlich reduzierten Volumen. Beantragt wurde im Dezember 1995 (nach über einem Jahr Abstimmungsverfahren!) die Förderung eines elektronischen Informationsdienstes zu Aktivitäten von BAYER in Ländern der sog. „Dritten Welt“ mit einem Betrag von DM 4.000,-. Im Oktober 1996 entschied der ABP über den Antrag und teilte der COORDINATION mit Schreiben vom 26. November 1996 das Ergebnis mit: „Der ABP hat ... den Aufbau eines elektronischen Informationsdienstes zu diesem Themenbereich als grundsätzlich sinnvoll und förderungswürdig beurteilt.“ Er bedauert jedoch, keine „abschließende Entscheidung über eine Förderung ihres Projektes“ treffen zu können. Seitens der Evangelischen Kirche im Rheinland habe es erhebliche Bedenken gegenüber der Förderung der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes der EKD gegeben. Ein Gespräch des ABP mit Vertretern des Landeskirchenamtes und des Kirchenkreises Leverkusen habe die bestehenden grundsätzlichen Vorbehalte nicht ausräumen können. „Wir müssen befürchten, daß eine Förderung dieses Projektes ... im Kirchenkreis Leverkusen auf großes Unverständnis stoßen sowie

an vielen Stellen die Dialogbereitschaft über die entwicklungsbezogenen Aufgaben der Kirche gefährden ... wird, sofern es vorab nicht gelingt, in der Region in einen kritischen und konstruktiven Dialog mit den Anliegen der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN zu treten.“ Weiter heißt es: „Da der ABP sehr daran interessiert ist, daß eine sachliche Auseinandersetzung über die entwicklungspolitisch und ökologisch negativen Implikationen der Geschäftspolitik von weltweit tätigen Chemie-Unternehmen geführt wird, möchten wir daher anregen, in der Region eine themenbezogene öffentliche Veranstaltung hierzu durchzuführen, bei der Vertreter der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN Gelegenheit gegeben werden soll, ihre Argumente vorzutragen.“ Hierüber habe es Einvernehmen mit den Vertretern von Landeskirchenamt und Kirchenkreis Leverkusen gegeben.

Die Initiative des ABP führte jedoch zu keiner Reaktion auf Seiten von Landeskirche und Kirchenkreis, so daß die COORDINATION im Rahmen einer zweiten Konsultation der kirchlichen Gruppen im Januar 1998 in Koblenz dem anwesenden neugewählten Präses der Landeskirche, Manfred Kock, - zur Zeit Ratsvorsitzender der EKD - den Stand der Dinge vortrug und ihn bat, der Sache nachzugehen. In seinem Antwortschreiben vom 25. Juni kommt der Präses zu den Schlußfolgerungen, daß die im Rahmen der Antragsprüfung 1996 erbetene Stellungnahme der Landeskirche (in Rücksprache mit dem örtlichen Kirchenkreis Leverkusen) keine „Intervention“ darstellt. Der ABP sei in seinen Entscheidungen selbständig. Und: „Die Evangelische Kirche im Rheinland hat sich ... an der Situation im Kirchenkreis orientiert. ...“ Im ablehnenden Bescheid des ABP wird das Gespräch zwischen den verschiedenen Interessengruppen vor Ort angeregt, um in dem gesamten Prozeß voranzukommen: „Für Gespräche in solch komplexen Fragestellungen ist Offenheit nötig, damit alle Beteiligten lernen können. Ob diese Offenheit bei Ihnen gegeben ist, daran läßt der Ton Ihrer Information allerdings starke Zweifel aufkommen.“

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN hat stets betont, für

Gespräche mit allen Beteiligten offen zu sein. Sie hat sich immer wieder dafür eingesetzt, daß der Dialog mit der Evangelischen Landeskirche nicht endgültig abbricht. Die Verzögerung des Förderanliegens der COORDINATION sowie das Nichteingehen auf Gesprächsangebote hat den Verdacht nicht widerlegt, daß die Evangelische Kirche bei substantiellen Konflikten - doch eher die Kirche der Mächtigen ist als die Kirche der Schwachen. Im Falle des zu fördernden EMail-Dienstes ist davon auszugehen, daß ein Konzern wie BAYER ohne Probleme in der Lage ist, seine Ansichten und Meinungen weltweit zu publizieren, während die von BAYER-Produkten und -Geschäftsaktivitäten Betroffenen dies nur eingeschränkt können. Darum wurde die Unterstützung der Kirche beantragt.

Nun muß sich der Präses fragen lassen, wie es weiter gehen soll. Nicht die COORDINATION, sondern vielmehr die kirchliche Seite muß sich den Vorwurf der fehlenden Offenheit gefallen lassen: Der an dieser unendlichen Geschichte offiziell unbeteiligte Superintendent des Kirchenkreises Leverkusen, Viktor Wendt, erklärte im August diesen Jahres auf Anfrage der kirchlichen Zeitschrift *Der Weg*, „noch keine Berührung zur COORDINATION“ gehabt zu haben und sieht auch „keine Veranlassung, das zu ändern“. Er gab zu bedenken, daß viele Gemeindeglieder, Presbyter und andere Funktionsträger bei BAYER arbeiten.

Dossier:

Der BAYER-Einfluß auf die Evangelische Kirche

- Auf Empfehlung des brasilianischen Bischofs von Rio de Janeiro erhielt die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN vor ca. 10 Jahren 2 TDM vom „Auschuß für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik“ (ABP) der Evangelischen Kirche. Das Geld war ein Zuschuß für die Reise eines brasilianischen BAYER-Kollegen nach Deutschland. Das rief BAYER

auf den Plan. Der Konzern drohte der Ev. Kirche öffentlich an, seine Mitarbeiter aufzufordern, aus der Kirche auszutreten, wenn sie die COORDINATION jemals wieder fördere. Es wurde ein Ausfall von Kirchensteuern in dreistelliger Millionenhöhe genannt. Die Ev. Kirche kuschte und verweigert seither jeden Zuschuß.

- Die Ev. Kirche richtete regelmäßige „Kamingespräche“ mit BAYER ein, die bis heute stattfinden und von Kirchenseite aus hochrangig besetzt sind.
- Die Ev. Kirche im Rheinland erkannte in den 80er Jahren in einem schmerzhaften, von heftigen kirchlichen und öffentlichen Protesten begleiteten Prozess der Pastorin Friedel Geisler den Pastorentitel ab. „Wegen ihrer BAYER-kritischen Arbeit“ wie es hieß. Die Pastorin Friedel Geisler war Vorstandsmitglied der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN.
- Der im Auftrag der Ev. Kirche erstellte Film „Unser täglich Gift gib' uns heute...“, der u.a. den Einsatz von BAYER-Pestiziden in der Dritten Welt dokumentierte, wurde aus dem Verkehr und aus dem Verleih gezogen. Stattdessen erstellte die Ev. Kirche in direkter Kooperation mit BAYER einen Film zur Pestizid-Problematik. Titel:

„Das Problem ist der Mensch“. Inhalt: Verharmlosung der Pestizid-Problematik und Verlagerung der Schuldfrage weg vom Produzenten hin zu den AnwenderInnen.

- In Brunsbüttel wurde ein Ev. Pastor strafversetzt, der sich im 'Kirchlichen Dienst der Arbeitswelt' für die BAYER-KollegInnen vor Ort engagierte. Dies führte u.a. zum spektakulären Austritt von Prof. Wassermann, einer der führenden Toxikologen Deutschlands, aus der Ev. Kirche.
- Der Kirchenkreis Leverkusen rief die Initiative „Christen in der Chemie“ mit überwiegend BAYER-Beschäftigten ins Leben, die fortan u.a. auf den Kirchenta-

gen mit großen professionell gestalteten Ständen in Erscheinung treten und gegen umweltpolitische sowie Verbraucherschutz-Anliegen polemisieren.

- BAYER-Repräsentanten werden hofiert. So waren BAYER-Vorstandsmitglieder im Präsidium des Kirchentags in Düsseldorf und saßen auch im Rahmen des „Konziliaren Prozesses für Frieden, Entwicklung und Erhalt der Schöpfung“ bei Veranstaltungen auf den Podien, während BAYER-kritische Initiativen als Beitrag zur Sachauseinandersetzung oft nur durch Unterstützung kirchlicher Basisgruppen wie der Solidarischen Kirche im Rheinland möglich sind. (aks)



Keine Liefergarantie
falls Auflage vergriffen.

Benefiz-Lithografie zur Förderung konzernkritischer Arbeit

Robert Butzelar (Jahrgang 1962) ist der Shootingstar der jungen Kunstszene. Seine Arbeiten sind expressiv, wild und an klassischen Motiven orientiert. Butzelar, der in Florenz und Düsseldorf Malerei studiert hat, begeisterte mit seinem Werk in vielen internationalen Ausstellungen. 1992 wurde er in Jena mit dem begehrten Botho-Graef-Kunstpreis ausgezeichnet.

Die vorliegende Arbeit (ca. 50 x 70 cm) ist streng limitiert (300 Stück), datiert, nummeriert und handsigniert. Der Galeriepreis beträgt normalerweise 600,- DM. Bei uns erhalten sie die Original-Butzelar-Offset-Lithografie für

nur **168,- DM**
(zzgl. 10 Mark für Versand)

Ja, ich bestelle:

Robert Butzelar
„Auseinandersetzungen, Spartakus I“ (Tusche auf Pergament)

_____ Expl. Butzelar-Offset-Lithografie. „Auseinandersetzungen, Spartakus I“ für 168,- DM/Stück (Galeriewert 600,- DM). Ich weiß, daß 150,- DM direkt der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. zugute kommen. Die Lastschrift habe ich ausgefüllt bzw. einen Scheck habe ich beigelegt (Versandkosten nicht vergessen).

Name _____
 Adresse _____
 Bank _____ BLZ _____
 Kto.-Nr. _____ Unterschrift _____

Coupon an: COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN, Postfach 150418, 40081 Düsseldorf

EDITION
**KUNST GEGEN
 KONZERNE**
 FÜR EINE SOLIDARISCHE UND GERECHTE WELT